

23.12.2010

### **Als wären sie jetzt alle plötzlich überrascht**

*Wahlbetrug und kriminelle Machenschaften im Kosovo? Schmutziges Geld auf Schweizer Bankkonten? Wer da grosse Augen macht, hätte es besser wissen müssen.*

**Thomas Bürgisser**

Die jüngere Geschichte des Kosovo wäre ohne die Schweiz nicht zu denken. Seit Mitte der sechziger Jahre rekrutierte der hiesige Bauernverband Saisoniers aus dem strukturschwachen Süden Jugoslawiens. Später wurden., die Kosovaren auch für das Baugewerbe unentbehrliche Arbeitskräfte; und als sich Ende der achtziger Jahre die politische und wirtschaftliche Situation im Kosovo massiv verschlechterte, holten viele ihre Familien nach - bevor mit der Eskalation der Gewalt Ende neunziger Jahre nochmals Zehntausende Kosovarinnen zu ihren Verwandten in die Schweiz flohen. Heute leben 170000 Menschen aus dem Kosovo in der Schweiz. Diese Diaspora hat die Zurückgebliebenen angesichts Belgrads zunehmender Repressionspolitik tatkräftig unterstützt.

In einem kürzlich präsentierten Bericht erhebt Ständerat und Europaratsabgeordneter Dick Marty heftige Anschuldigungen gegenüber der Befreiungsarmee des Kosovo UCK. Die UCK sei Ende der neunziger Jahre unter ihrem damaligen Führer Hashim Thaci, dem heutigen Premierminister des Kosovo, am Handel mit Organen serbischer Gefangener und an anderen schweren Verbrechen beteiligt gewesen. Die Vorwürfe sind alles andere als neu. Eine juristische Aufarbeitung der Kriegsverbrechen wäre dringend notwendig. Doch Beweise lieferte auch Marty bisher keine.

Dennoch schlägt die Affäre hohe Wellen. So will sich nun auch die aussenpolitische Kommission (APK) des Nationalrats mit Drogengeldern aus dem Kosovo beschäftigen, die auf Schweizer Bankkonten deponiert worden seien. APK-Präsidentin Christa Markwalder liess sich sogar mit dem Satz zitieren, in der Schweiz wolle man «keine Gelder aus kriminellen Aktivitäten». Da nehmen wir die freisinnige Parlamentarierin doch gerne beim Wort. Man staunt, wer sich über Martys Anschuldigungen da alles überrascht zeigt. Zahlreiche UCK-Kader wie Thaci,

Ramush Haradinaj oder Xhavit Haliti lebten in den neunziger Jahren in der Schweiz, von wo aus sie den politischen Widerstand im Kosovo organisierten. Und man braucht keinen Nachrichtendienst, um sich zusammenreimen zu können, was es braucht, um eine bewaffnete Untergrundorganisation (je nach Terminologie dem «Terrorismus» oder dem «Freiheitskampf» verpflichtet) aufzubauen: illegale Finanzquellen, illegale Transportwege, illegale Waffengeschäfte. Dass die UCK kein humanitäres Hilfswerk war, erstaunt kaum.

Besonders grotesk ist, dass SVP-Rechtsausser Christoph Mörgeli nun die Anerkennung des Kosovo durch die Schweiz 2008 als Fehler abqualifiziert, der rückgängig gemacht werden soll. War doch gerade die SVP mit ihrer seit Jahren betriebenen Hetze gegen die Kosovo-AlbanerInnen in der Schweiz nicht Querschlägerin, sondern die Taktgeberin der schweizerischen Anerkennungs politik, indem sie den Handlungsdruck auf die eidgenössischen Behörden verstärkte. Diese sahen in der Anerkennung des Kosovo=eine Möglichkeit, die Rückkehr von Kosovarinnen in die Wege zu leiten.

24/67

Seit der Überfremdungsdebatte der sechziger Jahre sind Migrations- und Aussenpolitik in der Schweiz aufs Engste verknüpft. Damals rekrutierte die Schweiz explizit Arbeitskräfte aus Jugoslawien, weil die Nationale Aktion sich über die Dominanz der italienischen Gastarbeiterinnen im Lande ereiferte.

Auch die allseitige Berufung auf die Maxime der Neutralität kommt heuchlerisch daher. Sie war schon immer ein dehnbare Instrument schweizerischer Interessenpolitik. Dieses Jahr wurde der - ebenfalls sehr frühen und umstrittenen - Anerkennung der Volksrepublik China durch die Schweiz vor sechzig Jahren gedacht. Auch der Schulterschluss des Bundesrats mit dem kommunistischen Regime

Mao Zedongs war 1950 nicht durch die «immerwährende Neutralität» motiviert. Dahinter standen handfeste wirtschaftliche und politische Interessen.

Dass die mafiösen Strukturen und kriminellen Seilschaften im Kosovo nicht verschwanden, nachdem die einstigen Widerstandskämpfer in die Regierung einzogen, ist auch nicht weiter erstaunlich. Die politische Dominanz der EU Mission im Kosovo sorgt dafür, dass das Land faktisch auch zweieinhalb Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung ein Protektorat bleibt. Der Mangel an staatlicher Souveränität führt auch zum fehlenden

Verantwortungsbewusstsein der politischen Eliten. Die geringe Wahlbeteiligung bei der umstrittenen Parlamentswahl vom 12. Dezember hat gezeigt, wie gross die Frustration in der Bevölkerung mittlerweile ist. Die Korruption grassiert, die Arbeitslosigkeit ist massiv; ohne das Geld aus der Diaspora könnte das Armenhaus Europas kaum überleben.

Gerade die Schweiz müsste ein ureigenes Interesse an nachhaltiger, nicht kurzfristiger Stabilität' und demokratischen Strukturen im Kosovo haben. Darüber wäre ernsthaft zu debattieren. Mit gespielter Empörung über so Schreckliches wie Augenfälliges ist die Arbeit aber nicht getan.